

Visionen fürs Klassenzimmer

BILDUNG Die Ampel will Schulen in sozialen Brennpunkten fördern. Doch werden auch die richtigen unterstützt? Oder zerreiben die Länder das Ganze im politischen Streit ums Geld?

Claudia Schweizer-Motte führt durch ihre Schule wie eine Museumsdirektorin, die sicherstellen möchte, dass Besucher etwas Spektakuläres geboten bekommen: die Aula mit der professionellen Theaterbeleuchtung. Die Bibliothek, deren Sitzgruppen ein Schreiner nach Wünschen der Schülerschaft maßgefertigt hat. Den Bollerwagen voller Tablet-PCs, den Sechstklässler gerade in den nagelneuen Musikraum gezogen haben. Und natürlich Yellow, das Chamäleon, eines von mehr als 200 Tieren, die am Wuppertaler Wilhelm-Dörpfeld-Gymnasium ein Zuhause gefunden haben und von der »Vivarium-AG« gepflegt werden.

An den Wänden des Treppenhauses reihen sich die Erfolge der Schülerinnen und Schüler, Urkunde an Urkunde, eingefasst hinter Glas: Junior Science Olympiade, SchulschachCup, Internationale BiologieOlympiade – es müssen Hunderte sein.

Und das soll eine Brennpunktschule sein? Claudia Schweizer-Motte verzieht das Gesicht. Der Begriff gefällt ihr nicht – und er passt auch nicht. Dabei ist das altsprachliche Wilhelm-Dörpfeld-Gymnasium Teil eines neuen Programms in Nordrhein-Westfalen. Die ehemalige FDP-Schulministerin Yvonne Gebauer hatte es eronnen. Sie wollte Schulen »mit besonderen sozialen Herausforderungen« besser unterstützen.

35 der gut 5400 allgemeinbildenden und beruflichen Schulen in NRW erhalten seit 2019 beachtliche Extraförderung. Zwei zusätzliche Lehrkräfte und einen Schulsozialarbeiter stellte das Wilhelm-Dörpfeld-Gymnasium ein, »unbefristet«, wie die Schulleiterin betont. Außerdem gibt es zusätzliches Geld für Fortbildungen des gesamten Lehrerkollegiums.

Bundesforschungsministerin Bettina Stark-Watzinger (FDP) will das sogenannte Talenterschulprogramm nun auf ganz Deutschland ausweiten, es soll dann »Startchancen-Programm« heißen. Mehr als 4000 Schulen »mit einem hohen Anteil sozial benachteiligter Schülerinnen und Schüler« sollen ein »Chancenbudget« erhalten, um »Schule, Unterricht und Lernangebote weiterzuentwickeln und außerschulische Kooperationen zu fördern«,

so haben es die Ampelparteien in ihrem Koalitionsvertrag festgehalten. 4000 – das wäre rund jede zehnte Schule in Deutschland.

In Deutschland hängt der Schulerfolg eines Kindes stärker als in vielen anderen Industrienationen vom Elternhaus ab. Die Pandemie hat die Lücke zwischen Kindern aus bildungsnahen und benachteiligten Haushalten noch vergrößert. Viele Experten halten Hilfe für Schulen in sozial schwieriger Lage deshalb für richtig.

Welche Schulen werden zu den ausgewählten 4000 gehören, und welche Kriterien sollen

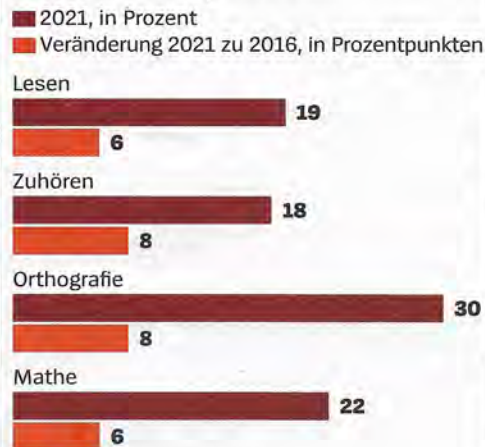


Grundschulkind in Neumünster

Frank Molter / picture alliance / dpa

Wenig gelernt

Viertklässler in Deutschland, die den Bildungsmindeststandard nicht erreichen



Quelle: IQB-Bildungstrend 2021

dafür gelten? Ab wann können die Schulen überhaupt mit dem Geld rechnen? Oder wird politischer Streit um die Verteilung dazu führen, dass das Programm gleich ganz scheitert?

Aktuell können Sonderprojekte an Schulen über das Corona-Aufholprogramm finanziert werden. Es soll Kindern und Jugendlichen helfen, jene Lernlücken zu schließen, die in der Pandemie entstanden waren. Eine Milliarde Euro hatte der Bund für zusätzlichen Unterricht und Nachhilfe bereitgestellt. Ende März hatten die Länder einen beachtlichen Teil noch nicht ausgegeben – auch weil Personal fehlte. Nun läuft das Programm zum Ende des Jahres aus, gegen den Widerstand der Bundesländer.

Jens Brandenburg, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesbildungsministerium, sagte Ende Juli in einem Interview mit dem Blog des Bildungsjournalisten Jan-Martin Wiarda, das Corona-Aufholprogramm einfach zu verlängern ergebe keinen Sinn. »Genau deshalb haben wir uns mit dem »Startchancen-Programm« ein anderes und nachhaltigeres Instrument vorgenommen: gezielte und dauerhafte Investitionen in ausgewählte Schulen, wo sie die größte Wirkung entfalten.«

Karina Jehnicke könnte die Unterstützung gut gebrauchen. Sie leitet die Christian-Morgenstern-Grundschule in Berlin-Spandau, die 580 Kinder aus 50 Nationen besuchen. Mehr als 75 Prozent der Familien seien von Armut betroffen, sagt die Schulleiterin. Viele Kinder sprächen bei der Einschulung kaum Deutsch.

Jehnicke und ihr Kollegium wollen zusätzliche Sprachförderung anbieten. Die Kinder sollen sich bewegen, ein offenes Ohr für ihre Sorgen finden. Dafür bekommt die Grundschule 100 000 Euro im Jahr aus einem Sondertopf, mit dem der Berliner Senat Schulen wie ihre unterstützt. Jehnicke bezahlt damit unter anderem die Schulpsychologin und befristet beschäftigte Honorarkräfte etwa für Sprachförderung.

»Das ist eine enorme Hilfe«, sagt die Schulleiterin, »deckt aber im Grunde noch immer nicht unseren Bedarf.« Jehnicke wünscht sich unter anderem Sonderpädagogen. Dann könnten die Kinder öfter in Kleingruppen und Förderstunden lernen. Allerdings, so Jehnicke, »löst Geld allein die Probleme nicht. Der Arbeitsmarkt für qualifiziertes Personal ist leer gefegt«. Vier Lehrerstellen seien derzeit nicht besetzt. Damit kein Unterricht ausfällt, muss Jehnicke häufig etwa Förderstunden streichen. »Wenn Sie das Personal nicht haben, nützt die schönste schulpolitische Idee nichts.« Mit Geld vom Bund, hofft sie, könnten Schulen wie ihre Stellen für zusätzliches Personal zumindest langfristig ausschreiben.

Doch so wie es aussieht, könnten ausgewählte Schulen erst im Jahr 2024 Gelder erhalten. Das Bundesbildungsministerium kommentiert die Angabe auf Nachfrage nicht – sagt aber: »Um sicherzustellen, dass die Umsetzung des Programms wirkungsorientiert und nachhaltig erfolgt, bedarf es einer sorgfältigen Konzeptionierung.« Übersetzt bedeutet das: Es wird dauern.

»In der Zwischenzeit werden die Kinder im Stich gelassen, die staatliche Förderung am dringendsten bräuchten«, sagt Thomas Jarzombek, bildungspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag.

Auch wie viel Geld fließen soll, will das Bundesbildungsministerium nicht verraten. Es kursieren Berichte aus den Arbeitsgruppen für den Ampel-Koalitionsvertrag, wonach das Chancenbudget mit 1 bis 1,25 Milliarden Euro im Jahr veranschlagt worden sein soll. Bei 4000 Schulen bekäme jede einzelne im Schnitt rund 250 000 Euro. Belegt sind diese Zahlen nicht. Laut Bundesbildungsministerium soll es neben dem Chancenbudget noch zwei weitere »Fördersäulen« geben: ein Investitionsprogramm für »moderne, klimagerechte, barrierefreie Schulen« und eine für schulische Sozialarbeit.

Ob und in welchem Umfang die Länder überhaupt bereit sind, ein solches Projekt mitzutragen, dazu stehe man »im fachlichen Austausch«, heißt es aus dem Bundesbildungsministerium. Ein Beitrag der Länder sei aber »unerlässlich«. Die Unionspolitikerin Karin Prien, Präsidentin der Kultusministerkonferenz, sagte »Zeit Online«: »Es darf auf keinen Fall ein Programm sein, bei dem sich der Bund etwas ausdenkt, das die Länder dann umsetzen sollen.«

Bisher darf der Bund die Schulpolitik nur in Ausnahmefällen mitfinanzieren. Bildung ist in Deutschland Ländersache. Bei der letzten großen Ausnahme, dem Digitalpakt Schule, stritten Bund und Länder so sehr, dass der Vermittlungsausschuss zusammentreten musste. Eine Änderung des Grundgesetzes ermöglicht dem Bund seitdem, Geld für »gesamtsstaatlich bedeutsame Investitionen« zu gewähren.

Bleibt die große Frage, wie das Geld – wenn es denn flösse – verteilt werden soll. Beim Digitalpakt erhielten die Länder ihre Millionen gemäß dem sogenannten Königsteiner Schlüssel. Er berücksichtigt zu zwei Dritteln das Steueraufkommen und zu einem Drittel die Bevölkerungszahl eines Landes. »Gerade wenn es um Chancengerechtigkeit geht, sollte man danach gehen, wo überproportional viele bedürftige Kinder leben«, sagt CDU-Politiker Jarzombek. »Das betrifft Nordrhein-Westfalen, Bremen und Sachsen-Anhalt stärker als Bayern.« Dass es in dieser Frage Streit unter den Ländern geben werde, sagt Jarzombek, sei absehbar.

Und wie werden die einzelnen Schulen ausgewählt? Die Bundesregierung formuliert dafür zwei Kriterien, die nicht unbedingt deckungsgleich sind. Einerseits Schulen »mit einem hohen Anteil sozial benachteiligter Schülerinnen und Schüler« und andererseits dort, wo Investitionen »die größte Wirkung entfalten«.

Einige Bundesländer teilen ihre Schulen nach einem Sozialindex ein. Hamburg etwa berücksichtigt unter anderem den Anteil der Kinder mit nicht deutscher Herkunftssprache und sonderpädagogischem Förderbedarf sowie die Arbeitslosenquote im Einzugsgebiet.

»Viele Bundesländer haben keinen Sozialindex«, sagt der Bildungsforscher Stephan



Oliver Järesen / DER SPIEGEL

Lehrerin Schweizer-Motte mit Schul-Python: »Wir nutzen jede Chance«

Huber von der Pädagogischen Hochschule im schweizerischen Zug. Nordrhein-Westfalen hatte 2019 zum Start des Talentschulprogramms noch keinen schulscharfen Sozialindex, weshalb eine »Auswahljury« die ersten 35 Schulen aussuchte. Warum ausgerechnet ein altsprachliches Gymnasium mit mehr als 400-jähriger Tradition den Zuschlag bekam, kann selbst die wortgewandte Schulleiterin nur vermuten.

Schweizer-Motte spricht davon, dass zwei Drittel der rund 700 Schülerinnen und Schüler ausländische Wurzeln haben und sie jährlich »30 bis 50« Anträge für Leistungen nach dem Bildungs- und Teilhabegesetz unterschreiben müsse.

Gleichzeitig erbringen die Kinder ihre wettbewerbstaughen Leistungen in einem frisch sanierten Vorzeigebau in gepflegter Innenstadtlage, während an anderen Schulen der Putz von den Wänden fällt. Die Entscheidung der Jury für das Wilhelm-Dörpfeld-Gymnasium führte in Wuppertal zu Diskussionen. Kritiker argumentierten, man hätte Gymnasien für den Wettbewerb nicht zulassen dürfen. Das Talentschulprogramm sei für eine andere Klientel gedacht.

Die Wübben Stiftung hat 17 staatliche Förderprogramme aus verschiedenen Bundesländern analysiert, die Brennpunktschulen unterstützen sollen. Fazit: Solche Schulen haben sehr unterschiedliche Schwierigkeiten. Stephan Huber, der in mehreren Bundesländern Brennpunktschulen wissenschaftlich begleitet, sagt: Diese Schulen benötigten am dringendsten zusätzliches Personal und auf ihre spezielle Schulsituation angepasste Unterstützung. Die Zusammenarbeit im Kollegium

sei elementar. Zusätzliches Geld allein helfe nicht, sagt Huber. Schulen bräuchten Beratung, damit sie eine Vision und Strategie entwickeln können, was sie mit dem Geld erreichen wollen, und wie ihnen das gelingt.

»In meinem Schulmanagementstudium und in der Zusammenarbeit mit verschiedenen Stiftungen habe ich gelernt, wie viel Drittmittel dazu beitragen können, die Schulqualität in bestimmtem Bereichen voranzubringen«, sagt die Wuppertaler Schulleiterin Schweizer-Motte.

Das Ergebnis: Das Wilhelm-Dörpfeld-Gymnasium bekommt gerade ein Gewächshaus, gesponsert von der Bayer-Schul-Stiftung. Vor einigen Jahren hatte die Schule den Bundeswettbewerb »Schule planen und bauen« der Montag Stiftungen gewonnen – und damit 100 000 Euro für eine umfangreiche Beratung bei der Planung eines neuen Schulgebäudes. Anschließend wurden Schulhaus und Außenanlagen von der Stadt Wuppertal mit Unterstützung des Quartiermanagements generalisiert.

So hängt es auch von der Raffinesse der Schulleitungen ab, wie viel Geld und Unterstützung reinkommt.

Die Bewerbung für das Talentschulprogramm, ein Förderkonzept auf vier eng beschriebenen Seiten, entwarf Schweizer-Motte mit ihrer Stellvertreterin an einem Wochenende. Natürlich hätten auch andere Schulen das Geld verdient, sagt die Schulleiterin. Doch so funktioniert nun mal der Wettbewerb. »Wenn wir die Schule entwickeln können, nutzen wir jede Chance«, sagt Schweizer-Motte. »Von allein legt mir niemand Geld vor die Tür.«
Silke Fokken, Miriam Olbrisch